

Berghof Foundation

*Radikalisierung, quo vadis? Trends und Schlaglichter aus dem nationalen Expert*innenpanel*

Michaela Glaser, Beatrix Austin

Phänomenmonitoring



Zusammenfassung

*Der Beitrag stellt zentrale Ergebnisse einer bundesweiten Expert*innenbefragung zum aktuellen Radikalisierungsgeschehen vor. Nach der Skizzierung übergreifender Trends werden die Proteste gegen die Coronamaßnahmen, als dynamischste Entwicklung im Erhebungszeitraum, vertiefend analysiert. Präsentiert werden Befunde zu politischen Orientierungen und Milieus, zur soziodemografischen Zusammensetzung, zu Gewaltdynamiken sowie zu unterschiedlichen Protestmotiven.*

Festzuhalten ist, dass das Protestgeschehen weiterhin in seiner Motivation heterogen ist und es in der politischen Einordnung der Akteure entsprechend zu differenzieren gilt. Erkennbar wird aber auch, dass die Proteste Folge längerfristiger Entwicklungen sind und dass sie ein gewachsenes Misstrauen relevanter Gruppen gegenüber dem demokratischen System widerspiegeln.

Prognostiziert werden kann, dass sich Teile der Bewegung nach Ende der coronabezogenen Beschränkungen anderen populistischen Mobilisierungsthemen zuwenden werden.

Stichworte

Radikalisierungstendenzen | Rechtsextremismus | islamistischer Extremismus | Linksextremismus | Coronaproteste | Querdenker | reziproke Radikalisierung



Einleitung

Im Gesamtkonzept des Monitoringsystems und der Transferplattform von MOTRA kommt dem Modul der Berghof Foundation¹, aus dem in diesem Kapitel ausgewählte Ergebnisse vorgestellt werden, eine explorative Funktion an der Schnittstelle zwischen Forschung und verschiedenen Feldern der Präventionspraxis zu (siehe Schaubild 1). Aufgabe der in diesem Modul realisierten Expert*innenpanels ist es zum einen, verdeckte und neue Entwicklungen sowie (damit verbundene) Leerstellen und Bedarfe der Forschung zu identifizieren. Zum anderen geht es auch darum, unterschiedliche Perspektiven auf diese Phänomene und auf damit verbundene Herausforderungen zu erfassen. Längerfristig sollen diese Panels dazu beitragen, die Praxisrelevanz im Verbund verfolgter Fragestellungen sowie die Konfliktsensibilität von Erhebungsperspektiven und -instrumenten zu stärken.

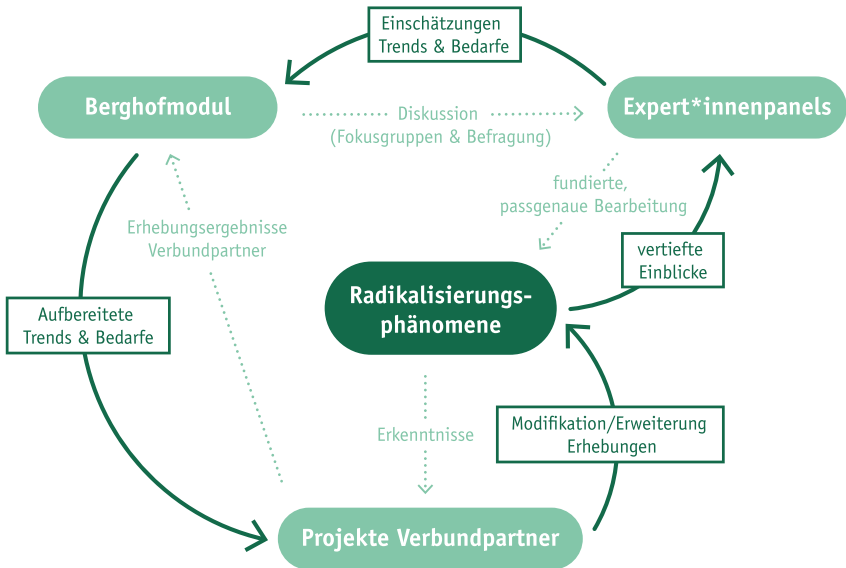


Abbildung 1: Erkenntnis- und Funktionslogik des Moduls Expert*innenpanels der Berghof Foundation innerhalb von MOTRA

¹ Siehe: berghof-foundation.org/work/projects/radikalisierungsforschung-und-praevention-in-deutschland [23.05.2022].

Die folgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen der nationalen Expert*innenbefragung², die zwischen Herbst 2021 und März 2022 realisiert wurde. Wegen des hohen Stellenwerts, den ihnen alle befragten Expert*innen für das Radikalisierungsgeschehen der zurückliegenden Monate zuwiesen, stellen wir die sogenannten Coronaproteste³ ins Zentrum dieses Beitrags.

Nach einer kurzen Darstellung des methodischen Vorgehens werden zunächst einige von den Expert*innen übergreifend identifizierte Trends und Forschungsbedarfe skizziert. Daran anschließend werden, dem thematischen Schwerpunkt vieler Interviews entsprechend, die Befunde zum Corona-Protestgeschehen der letzten Monate detaillierter dargestellt.

Die vorgestellten Befunde sind als Thesen und Anregungen für die Debatte und die weitere Forschung zu verstehen. Sie legen einen Schwerpunkt darauf, neue oder bisher weniger beachtete Aspekte zu benennen.

Datengrundlage und Methodik

Das nationale Panel umfasst derzeit insgesamt 15 Expert*innen und setzt sich aus Vertreter*innen der thematisch einschlägigen Forschung, der Sicherheitsbehörden sowie der präventiven Fachpraxis zusammen. Dabei wurde darauf geachtet, dass Expertise aus allen Phänomenbereichen vertreten ist (mit Schwerpunkten auf rechtem und islamistischem Extremismus). Auch wurden Akteure ausgewählt, die über langjährige Erfahrungen im Themenfeld und breite Netzwerke verfügen und damit

² Ursprünglich ebenfalls für diesen Zeitraum geplante regionale Erhebungen in Gestalt von (analogen) Fokusgruppen wurden wegen der Pandemie zurückgestellt beziehungsweise neu konzipiert; empirische Erhebungen sind hier ab der zweiten Jahreshälfte 2022 geplant.

³ Genau genommen handelt es sich um Proteste gegen die Coronamaßnahmen. Da der Begriff sich jedoch für das Phänomen etabliert hat, wird er auch in diesem Beitrag verwendet.

auch Erkenntnisse beziehungsweise Erfahrungen anderer Akteure aus ihrem Handlungsfeld einbringen können.⁴

Die 1,5- bis 3-stündigen Interviews wurden mit einem semistrukturierten Leitfaden geführt, der flexibel eingesetzt und durch Nachfragen ergänzt wurde (Witzel 1985, Helfferich 2004). Die Themen ergaben sich aus den Schwerpunkten des Berghof-Moduls (insbesondere „Gender“, „Online/Offline“, „reziproke und Co-Radikalisierung“, vgl. Austin et al. 2021) sowie aus weiteren, von MOTRA-Verbundpartner*innen untersuchten Fragen (zum Beispiel „internationale Einflüsse“). Zudem enthielt der Leitfaden offene Fragen, die Raum für Schwerpunktsetzungen der Befragten ließen, um so die Exploration unerkannter Aspekte und Zusammenhänge zu unterstützen.

Die Auswertung orientierte sich an inhaltsanalytischen Verfahren (Mayring 2008), aber auch an Prinzipien der Grounded Theory, indem sie in einem Wechselspiel von vorgegebenen Frageperspektiven und Offenheit für aus dem Material „emergierende“ Kategorien erfolgte (Schmidt 1997).

Aktuelles Radikalisierungsgeschehen

Zentrale Radikalisierungsdynamiken

Auf die Frage, in welchen Bereichen sie derzeit in Deutschland das dynamischste Radikalisierungsgeschehen verorten, thematisierten alle Befragten in der einen oder anderen Weise die Proteste gegen Coronamaßnahmen (kurz „Coronaproteste“). Entweder sie verwiesen auf das Protestgeschehen als Ganzes oder aber sie benannten den Rechtsextremismus.

⁴ Mitwirkende des Panels sind: Kai Diettrich, Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V.; Dr. Gillian Wylie, Trinity College, London; Flemming Ipsen, jugendschutz.net; Prof. Dr. Hans-Gerd-Jaschke, Professor em. Politikwissenschaft; Daniel Köhler, Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg; Lisa Kiefer, Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.; Daniel Krüger, Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos; Corinna Lehmann, VS Baden-Württemberg; Dr. Thomas Pfeiffer, VS Nordrhein-Westfalen; Matthias Mletzko, European Network on Terrorism Issues; Thomas Mücke, Violence Prevention Network e. V.; Prof. Dr. Peter Neumann, International Center for the Study of Radicalisation (ICSR), King's College, London; Dr. Götz Nordbruch, ufua.de; Prof. Dr. Fabian Virchow, FH Düsseldorf; Dr. habil. Harald Weinhöck, Cultures Interactive e. V.; Dr. Britt Ziolkowski, VS Baden-Württemberg. Ihnen allen sei an dieser Stelle für ihr zeitliches Engagement und ihre geteilte Expertise herzlich gedankt.

Letztere Einschätzung wurde sowohl mit rechtsextremen Aktivitäten im Rahmen dieser Proteste als auch mit der aktuellen Strahlkraft des Rechts-extremismus hinein in diese Protestmilieus begründet.

Dem (in Deutschland agierenden) islamistischen Extremismus wurde dagegen überwiegend bescheinigt, derzeit von geringer Dynamik geprägt zu sein, gemessen am Zuwachs von Mitgliedern wie auch an aktuellen Gewaltmanifestationen. Dies wurde zum Teil mit einem Ausbremsen von Aktivitäten durch die Coronapandemie, vor allem aber mit dem Niederschlagen der Bewegung „Islamischer Staat (IS)“ in Syrien begründet. Beide Entwicklungen haben demnach zu einer stärkeren Binnenorientierung der Szene geführt; viele Aktivitäten wie zum Beispiel religiöse Vorträge und „Unterrichtungen“, fänden nun in stärker geschlossenen – und damit für Neuzugänge auch schwerer zugänglichen – virtuellen Räumen statt und seien stärker auf eine Konsolidierung und Neuorientierung bestehender Szenestrukturen ausgerichtet. Das grundsätzliche Gewaltpotenzial dieser Szene wurde jedoch überwiegend weiterhin als hoch eingeschätzt.

Mit Blick auf eine lange Zeit zu beobachtende Wahrnehmungsdifferenz zwischen (unterthematizierter) rechtsextremer und (stark thematisierter) islamistischer Bedrohung wurde in der aktuellen Erhebung konstatiert, dass sich diese Teilung der öffentlichen Wahrnehmung gegenwärtig so nicht mehr zeige. Vielmehr gebe es derzeit, an aktuellen Anlässen orientiert, eine regelrechte Aufmerksamkeitswelle⁵ im Bereich des Rechts-extremismus⁶. Als Ausnahme wurde seitens der pädagogischen Praxis das Handlungsfeld „Schule“ benannt, in dem sich weiterhin eine erhöhte Anzeigebereitschaft in Bezug auf (potenziellen) Islamismus zeige (im Sinne einer Tendenz, Verdachtsfälle schneller gegenüber Behörden oder externen Fachstellen zu melden). Erklärt wurde dies mit Handlungsunsicherheiten, die besonders bei mehrheitsdeutschen Fachkräften in diesem Bereich nach wie vor stärker zu finden seien als bei Rechtsextremismus.

⁵ *Angesichts dieser wechselnden politisch-medialen, aber auch wissenschaftlichen Aufmerksamkeitskonjunkturen wurde von einigen Befragten die Notwendigkeit betont, jetzt nicht umgekehrt im islamistischen Extremismus relevante Entwicklungen aus dem Blick zu verlieren.*

⁶ *Ein Befragter merkte jedoch an, dass trotz grundsätzlicher Anerkennung der Bedrohungslage das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Bedrohung seiner Ansicht nach weiterhin unterschätzt werde.*

Zum Phänomenbereich des sogenannten⁷ Linksextremismus zeigen sich in den Interviews die für dieses Themenfeld typischen standort- und professionsbezogenen Differenzen (vgl. etwa Stöss/Backes 2011): Von einigen Befragten wurden eine Dramatisierung von Einzelfällen und eine damit verbundene Pauschalverurteilung breiterer Strömungen kritisiert, auch wurde ein grundsätzlicher Unterschied von Gewaltqualität und -ursachen gegenüber anderen Extremismen konstatiert. Andere problematisierten hingegen, dass dieses Phänomen forschungsseitig „unterbelichtet“ (I.8)⁸ und insbesondere hinsichtlich seiner Gewalthaltigkeit „unterbewertet“ (I.8) sei. Einigkeit bestand allerdings dahingehend, dass das derzeitige Bedrohungspotenzial in diesem Bereich nicht gleichzusetzen sei mit rechtsextremen und islamistisch-extremistischen Gefährdungen.

Entwicklungstrends und Wissensbedarf

Darüber hinaus wurden von den Expert*innen auch Einschätzungen zu sich abzeichnenden Entwicklungen in verschiedenen Phänomenbereichen sowie zu Erkenntnislücken und Forschungsbedarfen formuliert.

Individualisierung des Rechtsextremismus

In verschiedener Hinsicht wurden Tendenzen einer Individualisierung rechtsextremer Phänomene thematisiert. Eine solche Entwicklung wurde einmal auf der Akteur*innenebene diagnostiziert – und zwar dahingehend, dass in jüngerer Zeit vermehrt terroristische Einzeltäter (etwa in Hanau, Halle) in diesem Phänomenbereich auffällig wurden, die vor ihrer Tat nicht, oder nicht erkennbar, in rechtsextremen Gruppen organisiert waren. In diesem Zusammenhang wurden Schwierigkeiten beleuchtet, diese isoliert handelnden Akteur*innen zu erfassen. Damit verbunden wurden auch etablierte Perspektiven auf den Rechtsextremismus, vor allem bei den Sicherheitsbehörden, hinterfragt. Behördliche Erfassungssysteme, die Rechtsextremismus primär unter einer Organisationsperspektive betrachten, so die Kritik, würden diesen Veränderungen nicht mehr gerecht und sollten deshalb modifiziert und erweitert werden.

⁷ Ohne problematische Entwicklungen in militant linken Szenen in Abrede zu stellen, erachten die Autorinnen eine analytische Gleichsetzung mit aktuellen extrem rechten und islamistischen Tendenzen, wie sie der Begriff „Linksextremismus“ suggeriert, für nicht angemessen.

⁸ Die Interviews wurden in der zeitlichen Reihenfolge, in der sie geführt wurden, durchnummeriert. Aus Anonymisierungsgründen verweisen wir bei wörtlichen Zitaten nur auf die jeweilige Interviewkennziffer. Das Kürzel „I.“ steht für Interviewpartner*in.

Andere Befragte thematisierten entsprechende Tendenzen auf der ideologischen Ebene. Konstatiert wurde hier die Herausbildung eines „Patchwork-Rechtsextremismus“, der sich nur jeweils einzelne, zu bestimmten Bedürfnissen passende Facetten aus der Ideologie herausgreife. Die Folge davon sei, dass Rechtsextremismus den Menschen emotional näherkomme, indem er sie gezielter anspreche und zugleich eine mögliche Abwehr gegen einzelne seiner Facetten ‚unterlaufe‘.

„Auffallende“ Akteur*innen werden älter

Als ein phänomenübergreifender Trend wurde ein Älterwerden von in den Blick geratenden Akteur*innen extremistischer beziehungsweise sich radikalischer Szenen benannt. Diese Feststellung wurde zum einen mit der Frage verknüpft, ob es sich tatsächlich um eine Altersverschiebung handle oder möglicherweise jüngere Akteur*innen, aufgrund fehlender Zugänge, nur noch unzureichend in den Blick gerieten. Zum anderen wurde der Bedarf formuliert, Einstiegswege und Radikalisierungsprozesse älterer Akteur*innen stärker als bisher zu erforschen.

Aggressive Frauenfeindschaft

Als Entwicklungen, denen zukünftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, wurden zudem Phänomene benannt, deren gemeinsame Klammer Dominanzvorstellungen gegenüber Frauen beziehungsweise eine sich auf hierarchische, reaktionäre Genderkonzeptionen stützende aggressiv-gewaltaffine Frauenfeindschaft bildet. Genannt wurden hier Femizide, der Antifeminismus als potenzielles „Türöffner“-Thema für rechtsextreme Verbreiterungsbestrebungen sowie eine wahrgenommene Zunahme gewalthaltiger, sexualisierter Adressierungen von Frauen in den sozialen Medien. Letzteres wurde insbesondere mit Blick auf Frauen konstatiert, die sich durch politisches oder anderweitiges Engagement öffentlich positionieren.

Reziproke Radikalisierung

Als für Radikalisierungen relevante Prozesse wurden von allen Expert*innen in der einen oder anderen Weise Wechseldynamiken mit anderen gesellschaftlichen Akteuren thematisiert. Das galt einmal für Dynamiken zwischen verschiedenen Extremismen (wobei existierende Modelle kumulativer Radikalisierung in einigen Interviews als zu schematisch und

undifferenziert problematisiert wurden),⁹ zum anderen und in noch stärkerem Maße für Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen (präventiven, intervenierenden, problematisierenden) Reaktionen. Zugleich wurde für solche Zusammenhänge ein generelles, deutliches Forschungsdefizit in der bisherigen deutschsprachigen Forschung konstatiert.

Nach diesem skizzenartigen Gesamtbild werden nun im Folgenden die Befunde zum Corona-Protestgeschehen detaillierter dargestellt.

Coronaproteste als dynamischster Schauplatz in der Radikalisierungslandschaft

In die vertiefende Teilauswertung zum Thema „Coronaproteste“ wurden acht Interviews einbezogen, die sich für die Thematik als besonders relevant erwiesen. Die von den Gesprächspartner*innen formulierten Einschätzungen basieren zum einen auf dem Diskussionsstand im jeweiligen Handlungsfeld, zum anderen auf Feldeindrücken (eigenen und von Kolleg*innen). Diese umfassten Analysen internetbasierter Kommunikation, ethnografische Beobachtungen beziehungsweise Eindrücke von Demonstrationen, zum Teil auch Gespräche mit dem Umfeld protestierender Akteur*innen.¹⁰ Für die Auswertung waren folgende Fragestellungen leitend:

- Wie setzen sich die Teilnehmer*innen der Proteste zusammen?
- Welcher Stellenwert und welche Rolle kommt rechtsextremen Akteur*innen in diesen Protesten zu?
- Inwiefern zeigen sich Differenzen zwischen verschiedenen Protesträumen?
- Welche sonstigen für die Ausprägung von Protesten relevanten Einflüsse zeigen sich?

⁹ Kritisiert wurde zum einen, dass die Vorstellung einer aus wechselseitiger Bestärkung resultierenden Eskalationsspirale der Diversität von Einflussfaktoren nicht gerecht werde. Zum anderen wurde moniert, dass eine gleichwertige Relevanz dieser Dynamiken für verschiedene Extremismen suggeriert würde. Empirische Befunde deuteten jedoch an, dass etwa für die extreme Rechte das Agieren islamistischer Akteure einen deutlich größeren Stellenwert habe als umgekehrt.

¹⁰ Mit Ausnahme des Bereichs ‚Internetkommunikation‘ fokussieren diese Feldeindrücke geografisch, entsprechend der Expertise der Befragten, auf Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Brandenburg.

Politische Orientierungen und Milieus

Trotz rechtsextremer Einflüsse weiterhin in Motiven und politischen Orientierungen heterogene Bewegung

Mit Blick auf rechtsextreme Akteur*innen wird in den Interviews konstatiert, dass

- die Coronaproteste in den zurückliegenden zwei Jahren den klaren Aktivitätenschwerpunkt bildeten, mit dem diese Akteur*innen, in der Tradition der „Türöffner“-Strategie (Voigt 2010), eine gesellschaftliche Erweiterung ihrer Basis anstrebten;
- diese vor allem dort, wo das Protestgeschehen stark ausgeprägt war – wenn auch je nach Standort in unterschiedlichem Ausmaß –, in diese Proteste involviert waren und sie mitgestalteten;
- sie insbesondere in Sachsen und Thüringen schon frühzeitig in Protesten aktiv waren und nach Einflussmöglichkeiten suchten.

Organisierte Rechtsextremist*innen waren demnach bestrebt, Veranstaltungen visuell zu dominieren, organisatorische Strukturen zu besetzen, das Protestgeschehen zu eskalieren sowie rechtsextreme Narrative im realen und virtuellen Protestraum zu verankern (zum Beispiel Deutung der Pandemiemaßnahmen als „Kampf gegen das eigene Volk“).

Mit diesen Bestrebungen waren sie, den Schilderungen und formulierten Einschätzungen zufolge, in unterschiedlichen Protesträumen unterschiedlich erfolgreich (siehe auch den Punkt „regionale Differenzen“).

So wird für den virtuellen Raum konstatiert, dass dort in den einschlägigen Chatgruppen die Narrative mit der Zeit überwiegend von Rechtsextremen bestimmt wurden beziehungsweise sich nicht mehr von rechtsextremen Narrativen unterschieden. Damit verbunden wird die Einschätzung formuliert, dass nach stattgefundenen Abspaltungen vor

allem demokratiefeindlich und verschwörungstheoretisch eingestellte Akteur*innen in diesen Kontexten verblieben seien.¹¹

Mit Blick auf die Protestteilnehmenden im realen Raum wurde der Bewegung dagegen eine weiterhin heterogene Zusammensetzung bescheinigt. Dies betraf sowohl individuelle Beweggründe und politische Anliegen als auch kulturelle Herkunftsmilieus.

Demnach gilt es weiterhin zu differenzieren zwischen dem Motiv ‚grundsätzliche Systemgegnerschaft‘ in seinen rechtsextremen wie verschwörungstheoretischen Varianten (und ihren Schnittmengen) sowie Personen, die aus anderen Gründen gegen die staatlichen Maßnahmen sind – weil sie diese als Eingriff in ihre Freiheitsrechte erachten, aus Überzeugung oder aufgrund von Ängsten gegen eine Impfung sind oder sich durch die Maßnahmen als überfordert wahrnehmen.¹²

Sich zeigende regionale Differenzen, nicht nur im Ost-West-Vergleich

Erkennbar wird in der Zusammenschau der Interviews, dass sich das Protestgeschehen hinsichtlich der Rolle rechtsextremer Akteur*innen wie auch der relevanten kulturellen Milieus an den verschiedenen Standorten zum Teil erheblich unterscheidet. Die Einschätzungen und Schilderungen verweisen darauf, dass diese Differenzen zwar auch, aber nicht nur entlang einer Ost-West-Achse¹³ zu finden und darüber erklärbar sind. Demnach zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der Präsenz und des Stellenwerts rechtsextremer und verschwörungstheoretischer Orientierungen sowohl

¹¹ Auffällig ist, dass dies hier, wie auch im analogen Raum, nicht für ein ideologisches Kernthema des Rechtsextremismus zu gelten scheint: Rassistische beziehungsweise fremdenfeindliche Narrative und Framings spielten übereinstimmenden Einschätzungen zufolge in den Diskursen online wie offline nur eine begrenzte Rolle beziehungsweise stießen trotz rechtsextremer Platzierungsversuche nur auf begrenzte Resonanz.

¹² Für Sachsen wird allerdings vermerkt, dass dort nicht nur rechtsextreme Akteur*innen in bestimmten Regionen recht stark in die Proteste involviert seien, sondern auch bei den nicht rechtsextrem organisierten Teilnehmenden von Beginn an rechtsaffine Milieus stärker vertreten waren – im Sinne eines starken Misstrauens gegenüber dem bestehenden System, aber auch einer regionalen wie nationalen Identitätsstiftung über ‚Herkunft‘ sowie der Ablehnung von Zuwanderung und gesellschaftlicher Diversität.

¹³ Ein Ost-West-Unterschied hinsichtlich der beteiligten Milieus wird unter anderem in der Studie von Nachtwey et al. (2020), auf Basis eines Vergleichs zwischen Baden-Württemberg und ostdeutschen Bundesländern, konstatiert. Er wird auch in der öffentlichen Diskussion vielfach als ein Charakteristikum der Proteste thematisiert. Im Kern wird dabei ein von Beginn an stärkerer Einfluss rechtsextremer Akteur*innen, aber auch von rechtspopulistischen und rechtsaffinen Orientierungen im ostdeutschen Protestgeschehen konstatiert.

innerhalb westlicher als auch in den östlichen Bundesländern, und dies nicht nur regional, sondern auch auf lokaler Ebene.

Als potenzielle Einflussfaktoren wurden hierbei erkennbar:

- die Stärke in einer Region vorhandener, durch die Protestthemen ansprechbarer Milieus sowie im kollektiven Gedächtnis verankerte Protesttraditionen und deren inhaltliche Ausrichtung. Hier wurde etwa mit Blick auf Sachsen auf hohe Zustimmungsraten für die AfD, auf Pegida und die teils gewalthaltigen Proteste im Kontext des Geflüchtetenzuzugs 2014/15 verwiesen. Zudem wurde an die gewalttätigen Proteste und Übergriffe gegen Geflüchtete Anfang der 1990er-Jahre erinnert. Ein Befragter bescheinigte dem heutigen Protestgeschehen, dass es sich auch aus dem sozialen Umfeld und dem Unterstützermilieu damals gewalttätiger Akteur*innen speise.¹⁴

Diese Einschätzungen korrespondieren mit der für Baden-Württemberg aufgestellten These von Frei und Nachtwey (2021), dass sich das dortige Protestgeschehen unter anderem auf ein in der Region verankertes, anthroposophisch-esoterisches Milieu stütze, das zudem an regionale Protesttraditionen der Alternativbewegung anknüpfen könne. Demgegenüber wurde Nordrhein-Westfalen im Rahmen unserer Erhebung bescheinigt, dass anthroposophische Szenen keinen erkennbar großen Anteil am dortigen Protestgeschehen gehabt hätten. Dies könnte an einer geringeren Ausprägung und historischen Verankerung dieser Milieus etwa im Ruhrgebiet liegen. Zudem lässt sich die These formulieren, dass Protesttraditionen dort eher mit dem Protest gegen sozioökonomische Verwerfungen und weniger mit diesen Milieus verbunden sind, weshalb diese dort ein geringeres Mobilisierungspotenzial bergen.

- die Stärke rechtsextremer Strukturen vor Ort beziehungsweise in der Region.

¹⁴ *Vergleiche hierzu auch die Einschätzung des Rechtsextremismusexperten David Begrich (2018), „dass in Ostdeutschland zwei Generationenkohorten existieren, deren kollektive politische Erfahrung sich daraus speist, ein politisches System gestürzt und anschließend den neuen Staat in Hoyerswerda und Rostock gezwungen zu haben, vor ihrem rassistisch motivierten Willen zurückzuweichen“.*

Die Frage, wie stark lokale Protestbewegungen von Rechtsextremen unterwandert beziehungsweise beeinflusst werden, hängt den Expert*innen zufolge auch von der Personaldecke des organisierten Rechtsextremismus in einer Region ab. Diesbezüglich wird zum einen auf Differenzen auch zwischen den östlichen Bundesländern verwiesen, zum anderen auf lokale und regionale Differenzen innerhalb eines Bundeslandes.

- Zentrum-Peripherie-Unterschiede.

Als ein weiterer Einflussfaktor wurde benannt, dass Großstädte und insbesondere Städte mit Regierungssitzen (Land, Bund) einen größeren Einzugskreis von Akteur*innen anziehen, während im mittel- und kleinstädtischen Raum Proteste (zunächst) von den Milieus und Problemlagen vor Ort getragen werden.

- Involvierung organisationserfahrener Akteur*innen.

Aus einer bewegungstheoretischen Perspektive wird zudem auf Einflussdynamiken verwiesen, die sich aus der Involvierung organisationserfahrener rechtsextremer Akteur*innen in ein zunächst ideologisch indifferentes und friedliches Protestgeschehen ergeben können.

Ein Befragter (I.11) macht dies am Beispiel einer kleineren Großstadt deutlich, in der er die Entwicklungen seit Pandemiebeginn verfolgt:

*Anfangs kommt es dort zu Protesten von zwei getrennt agierenden Gruppen, die auch sichtbar unterschiedlichen soziokulturellen Milieus angehören (Versammlungen des anthroposophisch-esoterischen Spektrums und Autokorso-Proteste). Während die alternativ orientierten Proteste, die rund 100–200 Personen umfassten, nach dem ersten Jahr zum Erliegen kommen, finden die Autokorsos weiterhin kontinuierlich statt, bleiben allerdings zahlenmäßig überschaubar. Gelegentliche „Andock“-Versuche der AfD bleiben ebenfalls ohne ersichtlichen Erfolg. Ende 2021, als das Protestgeschehen im Zuge der Impfpflichtdebatte erstarkt, werden AfD-Akteure erneut aktiv und bringen ihr organisatorisches Know-how ein: Sie übernehmen das Anmelden von Veranstaltungen, stellen routinierte Kundgebungsredner*innen, produzieren Bildmaterial, bewerben Veranstaltungen in den sozialen*

Medien. Als die Veranstaltungen in nicht angemeldete ‚Spaziergänge‘ übergehen, sind AfD-Akteure die organisierende Kraft und auch maßgeblich verantwortlich für eine zunehmend konfrontative Ausrichtung: Es kommt zur Einbindung des örtlichen Hooligan-Milieus, das als ‚Außenschutz‘ die Demonstrationen begleitet und dabei auch aktiv die Auseinandersetzung mit der Polizei sucht. Dies hat wiederum zur Folge, dass andere Protestteilnehmende sich ebenfalls verstärkt an konfrontativen Handlungen beteiligen.

Die zunächst organisationsbezogenen Aktivitäten der rechtsextremen Akteur*innen hatten in dem geschilderten Beispiel insofern auch eine radikalisierende Auswirkung auf die Gesamtausrichtung des Protests, sowohl in ihrer Außenwahrnehmung (wer ist mit welchen Botschaften vertreten?) als auch das Gewaltgeschehen betreffend.

Soziodemografische Zusammensetzung

Wenig Wissen zu sozioökonomischen Hintergründen

In Bezug auf die sozioökonomische Verortung der Akteur*innen finden sich in den Interviews nur wenige, eher unspezifische Angaben: Ein*e Expert*in spricht von „Bürger(n) aus der gesellschaftlichen Mitte“ (I.5); ein*e andere*r konstatiert Zusammenhänge mit Strukturwandel und sozialen Problemlagen, nimmt bei den Protesten aber „auch ganz normale Leute“ (I.10) wahr; in einem weiteren Interview werden die sozialen Hintergründe mit denjenigen der Pegida-Proteste verglichen (etablierte, formal gut gebildete Erwachsene, die Prekarierte „mitschleifen“ (I.4) würden). Diese – zumeist dem Augenschein nach getroffenen – Einschätzungen deuten zum einen auf eine heterogene Zusammensetzung hinsichtlich der sozialen Lage der Teilnehmenden. Sie verweisen zugleich darauf, dass zu dieser Frage (vor allem außerhalb Baden-Württembergs, vgl. Fußnote 17) nach wie vor nur begrenzte Erkenntnisse vorliegen.

Verstärkte Involvierung von Frauen – allerdings nicht bei inhaltlich oder strukturell einflussreichen Positionen

Deutlicher fallen die Einschätzungen in Bezug auf das Geschlechterverhältnis im Protestgeschehen aus. Durchgängig wird in den Interviews eine (im Vergleich zu ihrer sonstigen Protestbeteiligung im öffentlichen Raum) erkennbar erhöhte Beteiligung von Frauen an den Protesten festgestellt.

Dies wurde vor allem darauf zurückgeführt, dass die Themen der Bewegung sich vielfach auf ‚klassisch‘ weibliche Engagement-Bereiche – Kinder und ihre Ausbildung, Gesundheit, soziales Miteinander – beziehen. Gleiches gelte, so ein*e Expert*in, auch für die in Teilen der Bewegung relevante Q-Anon-Ideologie: Auch in dieser sei der Anteil von Frauen überdurchschnittlich hoch, was sich darüber erklären lasse, dass Kinder (als Opfer) in dieser Verschwörungsideologie eine zentrale Rolle spielen. Ein*e Interviewpartner*in sieht hier zudem das Fortwirken einer spezifischen Traditionslinie der Frauenbewegung, nämlich das im Zusammenhang mit dem Thema ‚Schwangerschaftsabbruch‘ erstrittene Selbstverständnis ‚Über meinen Körper bestimme ich‘. Ein*e andere*r Expert*in gibt zu bedenken, dass Frauen auch die größere Belastung als Folge geschlossener Kitas und von Home-Schooling trugen (vgl. auch Speck 2020).

Dieser erhöhte Frauenanteil gelte allerdings, so verschiedene Befragte, nicht für das organisierte rechtsextreme Spektrum und auch nicht für diejenigen, die bei den Protesten meinungsführend auftreten. Diese Segmente seien vielmehr weiterhin deutlich männlich dominiert. Eine entsprechende Rollenverteilung zeige sich auch im Netz: Meinungsführende mit großer Reichweite seien auch hier männlich, während Frauen vor allem als Teilnehmende in Chatgruppen in Erscheinung träten und insbesondere in thematisch – einschlägigen – Gruppen (wie zum Beispiel „Eltern stehen auf“) einen relevanten Teil der Kommunikation verantworteten.

Keine „Jugendproteste“

Altersmäßig wird den Protesten in den Interviews ein insgesamt breites Spektrum bescheinigt, mit einem wahrgenommenen Schwerpunkt auf älteren Menschen. Jugendliche sind demzufolge auf den Veranstaltungen zwar durchaus vertreten, im Vergleich zu ihrer (hohen) Beteiligung an sonstigen Protestbewegungen jedoch eher unterrepräsentiert. Sie treten auch nicht als eine eigenständig agierende Gruppe in Erscheinung.

Vergleichbares wird für den virtuellen Raum berichtet. So ließen sich einem*r Expert*in zufolge zwar Versuche beobachten, über Influencer*innen Jugendliche anzusprechen und zu aktivieren, diese seien jedoch nur auf begrenzte Resonanz gestoßen. Ein weiterer Eindruck lautete, dass auch in vermeintlich jugendspezifischen Chatgruppen wie „Schüler stehen auf“ beziehungsweise „Studenten stehen auf“ viele Ältere anzutreffen seien. Es stelle sich deshalb

die Frage, wie sehr diese Gruppen originär von jungen Menschen getragen seien. Denn denkbar sei auch, dass diese, wie zum Teil auch auf Demonstrationen zu beobachten, eher vorgeschoben würden. Auch wurde konstatiert, dass der Versuch, die Thematik jugendkulturell aufzugreifen, nur in einem Fall eine größere Reichweite zu entwickeln vermochte.¹⁵

Ein anderes Bild zeige sich allerdings in den Segmenten der Bewegung (im realen Raum), in denen rechtsextreme Akteur*innen stark präsent seien, insbesondere im gewaltorientierten Spektrum. Hier seien Jüngere, der Struktur dieser Cluster entsprechend, stärker vertreten.

Dimensionen von Radikalisierung

Gewaltorientierung und Gewaltdynamiken

In verschiedenen Interviews wurde eine im Zeitverlauf zunehmende Gewaltorientierung der Bewegung auf der sprachlichen Ebene konstatiert. Festgemacht wurde dies zum einen an einer Brutalisierung der Sprache beziehungsweise einer Zunahme gewalthaltiger Äußerungen in Online-Kontexten. Verwiesen wurde zum anderen auf die Herausbildung von Narrativen, die eine Rechtfertigung für eigenes Gewalthandeln konstruieren, indem sie dieses als notwendigen Widerstand gegen selbst erlittene oder drohende Gewalt seitens staatlicher Akteur*innen deuten.

Die in der Bewegung vorhandene Bereitschaft zu tatsächlichem Gewalt handeln wurde von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt. Einige bescheinigten (Teilen) der Bewegung ein hohes Gewaltpotenzial, das zum Teil auch als höher als in europäischen Nachbarländern eingestuft wurde.¹⁶

Andere Befragte waren in ihrer Einschätzung zurückhaltender und verwiesen darauf, dass im Netz geäußerte Gewaltfantasien nicht gleichbedeutend mit der Bereitschaft zu realen Gewalthandlungen seien.

Ein*e Expert*in diskutiert Zusammenhänge von Coronaprotesten und Gewaltbereitschaft noch in einer anderen Hinsicht. Demnach könnte

¹⁵ Verwiesen wird hier auf das von „Kategorie C“ und Xavier Naidoo gemeinsam produzierte Musikvideo „Deutschland krempelt die Ärmel hoch“.

¹⁶ Als Beleg hierfür führte ein*e Expert*in eine hierzulande höhere Verbreitung Gewalt rechtfertigender Widerstandsnarrative an.

sich in Regionen, in denen der organisierte Rechtsextremismus größeren Einfluss auf die Proteste habe, dies sogar hemmend auf terroristische Gewaltaktivitäten auswirken. Denn das Interesse der extremen Rechten sei derzeit darauf ausgerichtet, ihren Einfluss auf der Straße auszubauen, weshalb extreme Gewalthandlungen wie Anschläge aktuell eher nicht in ihrem Interesse sein dürften.

Mit Blick auf Gewaltmanifestationen, die sich bei Demonstrationen und Veranstaltungen zeigen, wurde von den Befragten zwischen verschiedenen Akteur*innengruppen mit unterschiedlichen Motiven differenziert: zum einen *gewaltgewohnte organisierte Rechtsextreme* beziehungsweise deren Umfeld (zum Beispiel Hooligan-Gruppen als „Außenschutz“ von Demonstrationen), die gezielt Gewalthandlungen begehen, um Veranstaltungen durchzusetzen oder Situationen zu eskalieren; zum anderen *Akteur*innen, für die Gewalt bisher nicht Teil ihrer (politischen) Handlungsformen war*. Mit Blick auf diese zweite Gruppe wurden insbesondere folgende Aspekte hervorgehoben:

- situative Gewaltdynamiken, die sich in der Konfrontation mit Polizeikräften entwickeln können beziehungsweise in deren Folge sich gewalthaltige Eskalationen auf bisher gewaltdistante Personen ausweiten;
- eine unmittelbare Gefährdungswahrnehmung (mit Bezug auf die eigene Gesundheit, die Gesundheit der Kinder), die in breiten Teilen der Bewegung insbesondere mit dem Thema ‚Impfen‘ verknüpft sei. In Verschwörungsdiskursen würden diese Ängste zu einer Frage von Leben und Tod gesteigert (‚Wir werden alle sterben‘), was eine gewaltbefördernde, „direkte Handlungsaufforderung“ (I. 1) beinhalte.
- Gewalteskalationen als Vehikel für Aggressionen, die aus Überforderungswahrnehmungen infolge des Pandemiegesehens und damit verbundenen Belastungen sowie aus Ausgrenzungserleben (siehe unten) resultierten.

Als eine neue Qualität wird von einem*r Befragten gewertet, dass Kinder in potenziell gewalthaltige Konfrontationen eingebunden und zum Teil, dem Anschein nach, strategisch eingesetzt würden – wenn etwa Erwachsene mit dem Kinderwagen oder mit Kindern auf dem Arm einen Durchbruch durch Absperrungen zu erreichen suchten.

Wechselwirkungen mit anderen Akteur*innen

Die Expert*innen sprechen zudem Handlungsweisen anderer Akteur*innen in unterschiedlicher Weise eine radikalierungsbefördernde Wirkung auf die Proteste zu.

Inkonsistenzen staatlichen Agierens: Das Zurücknehmen der Aussage, es werde keine Impfpflicht kommen, wird mehrfach als ein Faktor benannt, der die Proteste nicht nur wegen des emotional besetzten Impftemas weiter befeuert habe. Es habe auch insofern bestärkend gewirkt, als es die Akteure in ihren Befürchtungen und in ihrem Misstrauen gegenüber der Politik bestätigt habe. Ein*e Expert*in bescheinigt den wechselnden Vorgaben und Prioritäten in der Pandemiebekämpfung insgesamt, in Teilen der Bevölkerung zu einer Haltung des „Ich traue dem gar nicht mehr, was DIE da sagen“ (I.11) beigetragen zu haben.

Veranstaltungsverbote, Polizeieinsätze: Als faktische ‚Radikalisierungstreiber‘ werden auch Verbote von Demonstrationen und Kundgebungen ebenso wie polizeiliche Interventionen, etwa zur Durchsetzung von Auflagen, gewertet. Da das Handeln des Staates zentrales Feindbild sei, so ein*e Expert*in, werde jedes (gegen sie gerichtete) Handeln dieses Feindbild weiter bestärken.

Zugleich wurde betont, dass staatliches Nichteingreifen in solchen Konstellationen ebenfalls potenziell radikalierungsfördernde Effekte habe, da es als ein Zurückweichen, Überlassen von Räumen oder als Anerkennung der Legitimität der Proteste gedeutet werden könne.

Begrenzte zivilgesellschaftliche Gegenpositionierungen: Eine potenziell bestärkende Wirkung wird auch darin gesehen, dass Gegenproteste ‚auf der Straße‘ infolge der Schutzmaßnahmen erschwert waren und auch das sonstige Protestgeschehen weitgehend zum Erliegen kam. Dass die Maßnahmegegner*innen den öffentlichen Raum dominierten, könnte demnach deren Wahrnehmung verstärkt haben, die ‚richtigen‘ und von der schweigenden Mehrheit geteilten Positionen zu vertreten.

In vergleichbarer Weise wird konstatiert, dass rechtsextreme Akteure sich infolge dieses Protestgeschehens derzeit nicht als am Rande der Gesellschaft stehend wahrnehmen. Vielmehr würden sie sich als Teil einer

themensetzenden, diskursmächtigen Bewegung sehen, was entsprechend bestärkende Effekte auf die Szene haben könnte.

Erfahrene Zuschreibungen: Problematisiert werden aber auch teilweise undifferenzierte, pauschalisierende Zuordnungen von Protestteilnehmenden zu demokratiefeindlichen oder rechtsextremen Strömungen durch etablierte Medien, die Politik und zivilgesellschaftliche Akteure.

Im Falle von Protestakteur*innen, die sich in ihrer Selbstwahrnehmung (zunächst) nicht entsprechend verorten, könne eine solche Etikettierung nicht nur Entfremdungswahrnehmungen und Misstrauen gegenüber ‚dem System‘ und ‚den Medien‘ bestärken. Sie könne auch einen Schulterchluss mit beziehungsweise eine reaktive Hinwendung zu entsprechenden Strömungen (im Sinne eines offensiven Stigma-Managements, vgl. Goffman 1967) befördern. Verwiesen wird zudem darauf, dass die Debatten um Coronamaßnahmen auch auf Seiten der Befürworter*innen häufig verhärtert seien und der Riss quer durch Familien und Freundeskreise gehe. Dadurch würde der Raum für Verständigung schwinden; Personen, die sich nicht impfen lassen wollten, sähen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, ‚unsolidarisch‘ und ‚egoistisch‘ zu sein, oder erlebten sich pauschal als ‚verschwörungsgläubig‘ abqualifiziert, unabhängig von ihren konkreten Beweggründen. Dies könne Wahrnehmungen von Ausgrenzung und ungerechter Behandlung bei Maßnahmegegner*innen erzeugen beziehungsweise bestärken. Solche Wahrnehmungen können wiederum, wie die Radikalisierungsforschung gezeigt hat, die Empfänglichkeit für entsprechende Narrative und für Radikalisierungen befördern (vgl. Glaser/Schuhmacher 2016, 31; Knäble et al. 2021, 101).

Wissensbedarf und Problemperspektiven

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich das Corona-Protestgeschehen in den Einschätzungen der Befragten als ein durchaus heterogenes, durch vielschichtige Dynamiken bestimmtes Phänomen darstellt, bei dem es noch in verschiedener Hinsicht an vertiefendem Wissen mangelt.¹⁷

¹⁷ Zu verschiedenen Facetten der Coronaproteste wird auch im MOTRA-Verbund geforscht. Zu ersten Erkenntnissen vgl. MOTRA 2022.

So wurde, besonders seitens der Praxis, ein Bedarf an mehr Wissen um die Hintergründe und Motive der Akteur*innen sowie von forschenden Perspektiven, die „an den Menschen dran sind“ (I.11), benannt (vgl. Janotta et al. 2022).¹⁸

Darüber hinaus wurde, professionenübergreifend, ein Forschungsbedarf zu unterschiedlichen Zusammenhängen von virtuellem und analogem Protestgeschehen konstatiert: Wie gestalten sich Zusammenhänge zwischen gewalthaltigen Positionierungen online und tatsächlicher Gewaltbereitschaft der Akteur*innen? Inwiefern lässt sich aus dem Onlinecontent in Chatgruppen auf Orientierungen und Handlungsbereitschaften unterschiedlicher Mitglieder schließen? Wie werden ideologische, gewalthaltige Botschaften von denjenigen Gruppenmitgliedern wahrgenommen, die sich weder bestätigend noch distanzierend auf solche Inhalte beziehen?

Jenseits dessen zeigen sich in der Gesamtschau der Interviews tendenziell unterschiedliche Problemeinschätzungen beziehungsweise Problematisierungs-Fokusse das Themenfeld betreffend. So richteten Akteur*innen, die die Geschehnisse aus einer eher distanzierten Position analysierten, das Augenmerk primär auf sich zeigende Radikalisierungstendenzen und verwiesen auf damit verbundene Gefahren. Vor allem Praktiker*innen, die direkt vor Ort agieren, problematisierten dagegen ein pauschales, einseitiges Einordnen der Proteste als ‚radikalisiert‘ und ‚potenziell gefährlich‘. Dabei betonten sie die Gefahren stigmatisierender Effekte sowie eines Verdeckens beziehungsweise Wegblendens von Ursachen und Beweggründen der Proteste.

Ausblick

Einigkeit zeigte sich bei vielen Expert*innen dahingehend, dass sie die Coronaproteste nicht als für sich stehendes Phänomen betrachteten. Vielmehr wurden diese (auch) als Ausdruck und Folge längerfristiger Entwicklungen, nämlich eines tiefgehenden Misstrauens relevanter

¹⁸ Analysen, die neben politischen Präferenzen von Protestakteuren auch Angaben zum sozioökonomischen Status enthalten, liegen bisher nur für Baden-Württemberg (Frei & Nachtwey 2021; Roos 2021) vor. Detailliertere Studien zu biografischen Hintergründen und Verläufen sind bisher nicht verfügbar.

Bevölkerungsschichten gegenüber den Institutionen und Repräsentant*innen des gegenwärtigen demokratischen Systems in Deutschland, gewertet (vgl. Eberl et al. 2021).

Dementsprechend wurde auch in verschiedenen Interviews die Prognose formuliert, dass sich zumindest Teile der Bewegung nach dem Ende der Pandemie anhand anderer, für populistische Mobilisierungen geeigneter Themen wie Klimawandel, GEZ-Gebühren oder auch migrationsbezogener Fragen neu formieren werden (vgl. auch Rieber et al. 2021).

Angesichts dessen sollte das – mit der Aufhebung von Schutzmaßnahmen sich andeutende – Abflauen der Coronaproteste kein Anlass sein, dieses Phänomen als ‚ausgestanden‘ zu betrachten. Vielmehr gilt es, das Weiterwandern von Protestmilieus zu neuen Mobilisierungsthemen und sich dabei herausbildende, verfestigende oder auch verändernde Allianzen im Auge zu behalten.¹⁹

Aus einer demokratiethoretischen Perspektive ist ein Abklingen dieser Proteste ohnehin kein Grund zur Entwarnung. Unverändert virulent bleiben vielmehr grundlegende Fragen, die sich mit Blick auf relevante Facetten dieses Protestgeschehens stellen. In den Worten eine*r Befragte*n: „Wie kann es zu diesem Resonanzraum kommen derer (.) die für alles, was man denen da oben zuschreibt, alles Böswillige, was man ihnen zuschreibt, empfänglich sind? Wie ist diesem Vertrauensverlust, diesem auch schleichenden Vertrauensverlust entgegenzuwirken?“ (I.10).

¹⁹ Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Beitrags erweist sich vor allem der Krieg Russlands beziehungsweise Putins gegen die Ukraine als einflussreich. Seit dem Kriegeausbruch zeigt sich eine gewisse Umstrukturierung der Szene entlang von Positionierungen zu diesem Krieg: Während viele Querdenkenaktivist*innen und ein Großteil des Verschwörungsmilieus sich pro Putin positionieren (an Haltungen anknüpfend, die sich bereits nach der Krim-Annexion zeigten), hat dies bei anderen, Kriege grundsätzlich ablehnenden Akteur*innen eine Distanzierung von der Bewegung zur Folge (vgl. Metzger 2022, Rathje 2022). Friktionen zwischen Putin-Befürworter*innen und (auf historischen Allianzen basierenden) Solidarisierungen mit ukrainischen Ultranationalist*innen zeigen sich auch innerhalb der extremen Rechten.

Literatur

- Austin, B., Schädel, A. & Papesch, T. (2021). *Radikalisierungsprävention durch eine friedensfördernde Brille. Blinde Flecken und neue Perspektiven*, in: Kemmesies, U. et al. (Hrsg.). MOTRA-Monitor 2020. Wiesbaden, 148-165.
- Begrich, D. (2018). *Liebe westdeutsche Freund/innen*, in: telegraph, 06.09.2018 <https://telegraph.cc/liebe-westdeutsche-freund-innen/> [28.05.2022].
- Eberl, J., Huber, R. & Greussing, E. (2021). *From populism to the "plandemic": why populists believe in COVID-19 conspiracies*, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties, 31: 1, 272-284.
- Frei, N. & Nachtwey, O. (2021). *Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. Basel.
- Glaser, M. & Schuhmacher, N. (2016). *Jugendlicher Rechtsextremismus und die biographische Perspektive. Darstellung und Diskussion vorliegender Forschungsbefunde*, in: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik, H. 8, 28-33.
- Goffman, E. (1967). *Stigma. Über die Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt a. M.
- Helfferich, C. (2004). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden.
- Janotta, L., Seltner, f. & Urban, S. (2022). *Coronaproteste (sozialpädagogisch) verstehen?* Abrufbar unter <https://sozpaed-corona.de/coronaproteste-sozialpaedagogisch-verstehen/> [27.05.2022].
- Knäble, J., Breiling, L. & Rettenberger, M. (2021). *Theorien und Erklärungsmodelle von Radikalisierungsprozessen im Kontext des Rechtsextremismus*, in: Forens Psychiatr Psychol Kriminol 15, 99-108.
- Koos, S. (2021). *Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum?* Forschungsbericht. Konstanz.
- Mayring, P. (2008). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim (10. Auflage, 1. Auflage 1983).
- Metzger, N. (2022). *Was wird aus der Querdenken-Bewegung?* zdf.de, 25.05.2022. Abrufbar unter www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-querdenken-massnahmen-protest-prozess-100.html [27.05.2022].
- MOTRA (2022). *Radikalisierungssphänomene im Schatten der Corona-Pandemie. Themenspezifische Synopse aktueller MOTRA-Befunde. MOTRA-Arbeitspapier – Analyseworkshop März 2022. Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt, Wiesbaden.*
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung*. Basel.
- Rathje, J. (2022). *Verschwörungsideologische Positionierungen zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine*. Abrufbar unter <https://cemas.io/blog/positionen-ukraine/> [27.05.2022].
- Rieber, N., Articus, J., Jäger, U., Hartmann, K., Riestler, S. & Sokele, C. (Hrsg.) (2021). *Zum kritischen Umgang mit Verschwörungstheorien. Erkenntnisse für die pädagogische Praxis*. Berlin & Tübingen.
- Schmidt, C. (1997). „Am Material“. *Auswertungstechniken für Leitfadenterviews*, in: Friebertshäuser, B. & Prengel, A. (Hrsg.). *Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. Weinheim u. a., 544-568.

Speck, S. (2020). *Zuhause arbeiten. Eine geschlechtersoziologische Betrachtung des „Homeoffice“ im Kontext der Corona-Krise*, in: Volkmer, M. & Werner, K. (Hrsg.). *Die Corona-Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript, 135-141.

Stöss, R. & Backes, U. (2011). *Streitgespräch (Moderation: H.-G. Jaschke)*, in: Dovermann, U. (Hrsg.). *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn, 291-317.

Voigt, U. (2010). *Wie bringen wir die NPD nach vorn?*, in: *Deutsche Stimme*, 4/2010.

Witzel, A. (1985). *Das problemzentrierte Interview*, in: Jüttemann, G. (Hrsg.). *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Weinheim, 227-255.

